



Entente des Gestionnaires
des Maisons de Jeunes



STELLUNGNAHME JUGEND UND WOHNEN IM MÄRZ 2015

WWW.EGMJ.LU

EGMJ a.s.b.l.
87, route de Thionville
L-2611 Luxembourg

☎ 26 29 32 -34/-38

✉ info@egmj.lu





I. EINLEITUNG

Im Rahmen des „strukturierten Dialogs“ wurde die EGMJ gebeten, ihre Stellungnahme im Hinblick auf die Thematik „Jugend und Wohnen“ einzureichen.

« Au Luxembourg 98.5 % des jeunes de moins de 20 ans vivent chez leurs parents ou chez l'un des deux parents. Entre 20 ans et 24 ans, 71.5 % continuent à vivre chez leurs parents ou un de leurs parents tandis que 12,1 % des jeunes se sont entretemps mariés ou pacsés et vivent en famille avec leur partenaire, 14.9 % vivent seul ou en communauté p.ex. avec d'autres étudiants dans un logement commun. »

« Entre 25 ans et 29 ans, 28,9 % continuent à vivre chez leurs parents ou un de leurs parents tandis que 38.1 % des jeunes se sont entretemps mariés ou paxés et vivent en famille avec leur partenaire. Les 30.4 % restants, vivent seul ou en communauté, p.ex. avec d'autres jeunes ou d'autres étudiants dans des logements communs.¹ »

Zur Ausarbeitung der Stellungnahme hat die Entente folgende Schritte umgesetzt:

Die „Entente des Gestionnaires des Maisons de Jeunes“ hat die JugendarbeiterInnen, wie auch die JugendhausbesucherInnen eingeladen, an einer Konsultation, welche mittels Diskussionsrunden und einer Fragebogenerhebung seitens der Entente stattfand, teilzunehmen.

Im Zeitraum vom 20. Januar bis zum 12. Februar wurden 98 Fragebögen in den Jugendhäusern ausgefüllt und viele Gespräche zur Sensibilisierung und Meinungsbildung der Jugendlichen zu diesem wichtigen Thema wurden organisiert.

Aufbauend auf dieser ersten Etappe organisierte die EGMJ am 12. Februar eine Konsultations-Versammlung an der 12 Jugendhäuser, der PIJ-Esch, das Foyer Abrisud Esch und der Jugenddienst der Stadt Luxemburg teilnahmen. Diese Versammlung hatte das Ziel, die Meinungen der Jugendlichen und der JugendarbeiterInnen zu erheben. Während des Prozesses sind auch die Meinungen der freiwilligen Praktikantin (SVO) und der Administrationspraktikantin der EGMJ eingeflossen.

Zum Ende der Versammlung wurde das Projekt der Stellungnahme an alle TeilnehmerInnen und an alle Mitglieder (Träger der Jugendhäuser) der EGMJ verschickt, mit der Bitte um Ergänzung Ihrer Bemerkungen und Gedanken.

¹ Broschüre << Jonker a Wunnen >>

Abschließend wurde die Stellungnahme offiziell vom Vorstandsbüro der EGMJ und der Qualitätsbeauftragten angenommen.

II. DIE JUGENDLICHEN IN LUXEMBURG

Der Fakt, sich ohne Schulabschluss, ohne Arbeit und ohne Unterkunft wiederzufinden, scheint einem schlechten Film zu entstammen. Dennoch ist das die harte Realität: In Luxemburg liegt das Armutsrisiko für Jugendliche unter 18 Jahren bei 23,9 %.

Der Ursprung dieser Schwierigkeiten liegt meistens bei mangelnder Schulausbildung. In der Tat liegt das Armutsrisiko für Jugendliche, welche ihre Studien vor der Beendigung ihrer neunten Klasse abgebrochen haben, bei 20,4% (Statec „www.statistiques.public.lu“)

Diese Jugendlichen haben meistens keinen festen Wohnsitz (SDF) und leben bei Freunden, in Notunterkünften oder auch auf der Straße. Trotz ihrer Bemühungen bei der Suche finden die meisten Jugendlichen keine Wohnung, da die hohen Preise, der Mangel an Wohnungen und ein großer Informationsmangel bestehen.

In diesem Rahmen sind die Mitglieder der EGMJ der Meinung, dass man diese Jugendliche in dieser schwierigen Übergangsphase unterstützen sollte, damit diese ein autonomes Leben führen können.

III. DIE PREISE DER UNTERKÜNFTE IN LUXEMBURG

Wie oben erwähnt, spielen die Preise der Unterkünfte, für den Jugendlichen, eine große Rolle beim Mieten oder Kauf einer Wohnung. In Luxemburg hat jeder Jugendliche in Not, welcher eine feste Adresse besitzt und über 25 Jahre alt ist, das Recht auf Sozialhilfe (RMG).

Aber welche Möglichkeiten werden einem Jugendlichen unter 25 Jahre angeboten, welchem keine Sozialhilfe zusteht?

Ohne Einkommen, Arbeit und feste Adresse sind einzig die betreuten Notunterkünfte ein Ausweg für diese Jugendlichen. Da diese Einrichtungen in Luxemburg sehr gefragt sind, haben sie Schwierigkeiten den Nachfragen gerecht zu werden; oft gibt es gefüllte Wartelisten, daher können sie nur in absoluten Notfällen reagieren.

Die Jugendlichen, die dort keine Zuflucht finden, suchen häufig eine Unterkunft bei ihren FreundInnen oder PartnerInnen, leben auf der Straße oder verlassen das Land, um im benachbarten Ausland zu leben.

Die Miet- oder Kaufanfrage für eine Wohnung schafft oftmals auch viele Komplikationen für Jugendliche. Oft haben Wohnungsbesitzer die Tendenz, die Jugendlichen, die von Sozialhilfe leben und keine Garantien haben, auszugrenzen. Durch die Befürchtung, die Wohnungsmiete sowie die Nebenkosten nicht rechtzeitig zu erhalten, bevorzugen sie es, ihre Wohnung an Erwachsene zu vermieten, welche über eine feste Arbeit sowie einen höheren Lohn verfügen.

Schlussendlich besitzt ein Jugendlicher, der kein geregeltes Einkommen hat oder der erst ins Berufsleben gestartet ist, nicht genügend Geld um die vom Vermieter verlangte Kautionszahlung zu bezahlen.

IV. DER MANGEL AN UNTERKÜNFTEN IN LUXEMBURG

In Luxemburg entspricht die Zahl der Unterkünfte für Jugendliche nicht der Anfrage. Die Jugendlichen sind gezwungen, Kompromisslösungen einzugehen, durch welche sie unterkommen. Diese sind zum Beispiel:

- Wohnung/Haus (Wohngemeinschaft, Familie, PartnerInnen oder FreundInnen)
- Studentenwohnheim
- Einrichtungen, Notunterkünfte für Obdachlose, usw.

Dennoch haben eine Vielzahl der betreuten Wohnstrukturen eine begrenzte Anzahl von Plätzen und die Warteliste vergrößert sich von Tag zu Tag. Sogar in den Notstrukturen, zum Beispiel (Centre Ulysse, Foyer de Nuit Abrisud) gibt es Wartelisten; die Konsequenz ist, dass diese Strukturen nicht mehr adäquat auf die Notfälle eingehen können, die bei ihnen um Hilfe bitten.

Also finden sich diese Jugendlichen auf der Straße wieder, für einen absolut nicht voraussehbaren Zeitraum. Für einen Jugendlichen ist dies mit einem traumatisierenden Leben verbunden, mit Zukunftsängsten und ohne jedweden konkreten Aussichten betreffend der Veränderung dieser Lebenssituation.

Obdachlose Jugendliche sind großen Schwierigkeiten gegenüber gestellt. Gegewärtig erhalten Jugendliche, die ihr Leben in die Hand nehmen möchten keine zeitnahe Hilfe, da die Wartelisten zu groß sind.

V. DER MANGEL AN INFORMATIONEN

In Luxemburg wissen viele Jugendliche nicht, welche Dokumente und Informationen sie brauchen, um ein autonomes Leben führen zu können und eine Unterkunft zu finden.



Manche Jugendliche wissen nicht, wohin und an wen sie sich wenden können, um die notwendigen Informationen zu erhalten damit sie am aktiven Leben teilnehmen können (ähnlich der Situation vieler im Übergangsbereich Schule-Beruf).

VI. LÖSUNGEN

VI.a PREIS

Einige mögliche Lösungen in Bezug auf die hohen Preise wären z.B. dass die Immobilienmakler die Preise einschließlich aller Nebenkosten und Gebühren anzeigen würden, damit die Jugendlichen einen klaren Überblick haben, welche Gesamtkosten sie erwarten.

Zusätzlich sollte vom Staat nicht die ganze Summe der Sozialhilfe (RMG) in die Hände des jungen Menschen ausgezahlt werden. Die Kosten für die Miete sollten direkt einbehalten werden und dem Vermieter durch die Staatskasse zugestellt werden.

Auch bei durch JugendarbeiterInnen oder SozialarbeiterInnen betreuten Jugendlichen sollte dies so gehandhabt werden.

Darüber hinaus sollte kontrolliert werden, dass die Mietpreise gesetzlich festgelegte Grenzen einhalten. Es sollte ein Gesetz ähnlich dem Beispiel der „Mietpreisbremse“ eingeführt werden. Die Mietkommissionen sollten dahingehend intervenieren.

Eine Wohnung über einen Immobilienmakler zu ergattern ist oft teuer aufgrund der Gebühren, welche zu Lasten des Mieters angerechnet werden. Auch wenn nur wenige Jugendliche in Schwierigkeiten auf diesem Weg zu einer Wohnung kommen, sollten ebenfalls Gesetze erlassen werden, welche bestimmen, dass die Vermittlungsgebühren zu Lasten des Vermieters erhoben werden.

Schlussendlich könnte der Staat, im Hinblick auf die erhöhten Wohnungspreise, den Jugendlichen mit einem niedrigen Einkommen eine zusätzliche finanzielle Hilfe anbieten, welche nach deren ökonomischen und sozialen Bedarf bestimmt werden sollte.

VI.a UNTERKUNFT

Hier sind einige Lösungen für den Staat, die Regierung sowie die Gemeinden, um den Jugendlichen einen einfacheren Zugang zum Wohnraum zu ermöglichen:

- Erschwinglichen Lebensraum zur Verfügung stellen, um die Jugendlichen zu unterstützen



- Renovierungs-Projekte alter Gebäude gemeinsam mit den Akteuren der Sozial- und Solidarwirtschaft durchführen
- Appartements, Einzimmerwohnungen oder modernisierte Container bauen (z.B. Stadt Amsterdam)
- Die Jugendhäuser mehr unterstützen bei der Umsetzung betreuter Wohnprojekte (z.B. Jugendtreff Hesperange, Nordstadjugend, usw.)

Schlussendlich sollte der Staat mehr Gemeinschafts-Unterkünfte für Jugendliche bereitstellen, in denen Jugendliche auf ihr zukünftiges Leben im Rahmen eines pädagogischen Projekts vorbereitet werden (z.B. Etape 21).

VI.c MANGEL AN INFORMATIONEN

Um den Mangel an Informationen zu verringern, sollten Schulungen in Jugendhäusern organisiert werden, in denen die Jugendlichen über alle Vorgänge im Hinblick auf die Wohnungssuche informiert werden (Preis, Nebenkosten, Vermittlungsgebühren, Mietvertrag, Versicherungen, Vorgehensweise...).

Diese Schulungen sollten dazu dienen, die Jugendlichen auf die wichtigsten Bedürfnisse im Hinblick auf ein unabhängiges Leben aufmerksam zu machen. Im Rahmen einer solchen Schulung, sollten auch Orientierungshilfen zur individuellen Unterstützung angeboten werden.

Solche Schulungen müssten auch im Rahmen eines Schulfachs „Reales Leben“ in den Schulen angeboten werden. Dieser Kurs könnte bereits in der 8. Klassen angeboten werden, um zu verhindern, dass die Jugendlichen unrealistische Erwartungen entwickeln.

Zur Verhinderung möglichen Schulversagens und den damit oft einhergehenden Konsequenzen, sollten der SPOS und die Lehrer zeitnah in Kenntnis gesetzt werden, wenn ein Jugendlicher eine schwierige Phase durchläuft (z.B. familiäre Probleme, Drogenkonsum, usw.) damit diese von Anfang an darauf reagieren können.

Auch der individuelle Jugendliche, welcher unter Umständen Hürden bei seiner schulischen und persönlichen Laufbahn nehmen muss, sollte rasch persönliche, auf seinen Bedarf angepasste Unterstützung erhalten, um bereits präventiv auf das Wohnungsproblem einzugehen.

Schlussendlich sollte die Regierung sicherstellen, dass die nötigen Informationen sowie Schulungen in einer transparenten Art und Weise für die Jugendlichen zur Verfügung stehen, damit diese eine realistische und vollständige Sichtweise im Hinblick auf „Wohnen“ entwickeln können.



VII. EMPFEHLUNGEN DER EGMJ

Bezüglich einer Verbesserung der aktuellen Situation für Jugendliche auf dem Wohnungsmarkt, werden von JugendarbeiterInnen und Trägern der Jugendhäuser folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Insgesamt sollte der soziale Sektor, im Hinblick auf Wohnmöglichkeiten für Jugendliche besser koordiniert werden. Viele Angebote und Möglichkeiten sind intransparent für die Zielgruppe.
- Parallel dazu sollte eine verbesserte Netzwerkarbeit aller Jugenddienste im Hinblick auf die Sammlung der unterschiedlichen Angebote zur besseren Unterstützung der Jugendlichen ausgearbeitet werden.
- Insgesamt müssen mehr Wohnmöglichkeiten für Jugendliche, orientiert an ihren Bedürfnissen, konzipiert werden. Einerseits gehören pädagogisch betreute Wohnprojekte dazu, andererseits auch autonome Wohnformen z.B. für Studenten, Berufsanfänger, junge Menschen mit kleinem Budget (z.B. kleine Wohnformen, Container, renovierte Altbauten für einzelne oder Wohngemeinschaften)
- Auf der Basis einer Fehlbedarfsanalyse sollten dringend flächenübergreifend neue Strukturen aufgebaut werden. Ein konkretes Zeitfenster von maximal 6 Jahren sollte für den Wohnungsbau vorgegeben werden.
- In Luxemburg wird der Wohnungsbau quasi ausschließlich durch den privaten Sektor gesteuert. Der Staat selber müsste sich die Aufgabe geben, die Konstruktion, Re-Konstruktion und Renovierung von Wohnmöglichkeiten sicherzustellen, um seine Verantwortung im Hinblick auf die schwierige Situation der Jugendlichen auf dem Wohnungsmarkt wahrzunehmen.
- Reform und Anpassung des aktuellen RMG-Systems in Bezug auf die aktuellen sozialen Bedürfnisse in Luxemburg
- Aufnahme einer „Jugendvertretung“ in den „Fond de Logement“.



- Es sollten mehr Organisationen für Jugendliche Mietverträge abschließen, welche sie dann nach einer „Probezeit“ selber übernehmen könnten.
- Viele Gemeinden bieten sozialen Wohnraum für Familien in Form von „Maisons unifamiliales“, dieses Angebot ist für Jugendliche, welche zum Beispiel eine Wohngemeinschaft gründen möchten, nicht zugänglich.
- Förderung von „Wohnkooperativen“.
- Das Mieten mit Mietkauf-Optionen sollte ermöglicht und gefördert werden.
- Reform der CEDIES-Börse (Studienbeihilfen) und Ergänzung der «Bourse de logement » (zu der Basis-, Mobilitäts-, Sozial- und Familienbörse).
- Aufnehmen von Jugendwohnraum im allgemeinen Entwicklungsplan „PAG“ (Plan d'aménagement général) der Gemeinden.